

In Zukunft ohne Atomenergie

Die Auseinandersetzung im Bereich der Energiepolitik ist im vollen Gange. Auch im Deutschen Bundestag treffen unterschiedliche Positionen aufeinander. Dabei geht es in erster Linie um die Zusammensetzung des künftigen Energiemixes zur Sicherstellung der Energieversorgung. Und vor allem geht es darum, ob die Atomenergie darin noch eine Rolle spielen wird oder nicht.

SPD-Bundestagsfraktion bleibt beim Atomausstieg

Bereits 1986 beschloss die SPD auf ihrem Parteitag in Nürnberg den Ausstieg aus der Atomenergie. 1998 wurde dieses Ziel im rot-grünen Koalitionsvertrag fixiert und im Jahr 2000 hat die rot-grüne Bundesregierung gemeinsam mit den Energiekonzernen den Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie ausgehandelt. Er wurde mit der Novelle des Atomgesetzes umgesetzt. Dabei handelt es sich um einen Kompromiss zwischen zwei unterschiedlichen Positionen. Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2005 sieht vor, dass diese geltende Rechtslage zur Nutzung der Atomenergie nicht verändert wird. Das heißt, der Atomausstieg bleibt bestehen. Und daran hält die SPD-Bundestagsfraktion auch in Zukunft fest. Wir wollen die Erneuerbaren Energien stärken und setzen auf Energieeinsparungen sowie mehr Energieeffizienz. Das ist nachhaltige Energiepolitik.

Der Atomkonsens ist eindeutig

Das Atomgesetz untersagt in seiner jetzigen Fassung den Neubau von Atomkraftwerken. Außerdem werden den bestehenden Atomkraftwerken (AKW) fest definierte Reststrommengen bis zur Abschaltung zugeordnet. Und das Gesetz

regelt die Möglichkeiten der Energiekonzerne zur Übertragung von Reststrommengen. Dabei ist als Regelfall nur die Übertragung von Reststrommengen von älteren auf neuere Anlagen vorgesehen. Ausnahmen bedürfen der Überprüfung des Bundesumweltministers und anschließend der Zustimmung in der Bundesregierung. Die AKW-Betreiber haben sich im Jahr 2000 ebenso wie die Bundesregierung dazu verpflichtet, den Inhalt des Atomkonsenses dauerhaft umzusetzen.

CDU/CSU und FDP setzen auf Atomstrom

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP verkünden seit Jahr und Tag, dass Schluss ist mit dem Atomausstieg, wenn sie erst die Mehrheit im Bundestag haben. Bisher war aber immer nur von verlängerten Laufzeiten für die sogenannte „Brückentechnologie“ Atomkraft die Rede. Jetzt werden beide Fraktionen schon deutlicher. Denn es zeigt sich, wer Atom-Laufzeiten verlängert, will eigentlich den Neubau!

CDU/CSU: „Wenn europäische Länder den Neubau planen, kann Deutschland nicht abseits stehen“, Katherina Reiche, stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag (Bild am Sonntag, 8.2.2009).

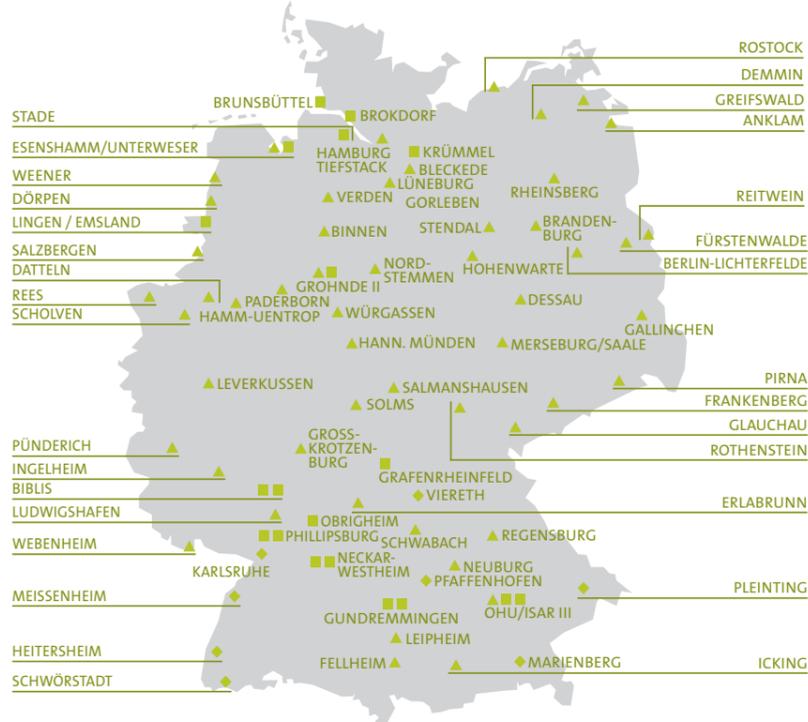
Und das ist keine neue Auffassung. Denn ihr energiepolitisches Credo hat sie schon vor einiger Zeit so zusammengefasst:

CDU/CSU: „Es geht im Kern um fünf Dinge: um Energiemärkte und Wettbewerb, um Erneuerung bei den Kernkraftwerken, um Effizienzsteigerung, um Energieforschung und um erneuerbare Energien.“ (Rede im Deutschen Bundestag am 6.4.2006).

Auch die FDP positioniert sich ganz klar. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Andreas Pinkwart tritt jetzt ganz offen für den Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland ein:

FDP: „Ich würde dann auch, wenn wir erhebliche Fortschritte verzeichnen können, einen Neubau von Kernkraftwerken der vierten Generation nicht ausschließen wollen.“ (Welt am Sonntag, 8.2.2009)

Atomdeutschland nach CDU/CSU und FDP



- ▲ ATOMKRAFTWERK POTENZIELL
- ATOMKRAFTWERK BESTEHEND
- ◆ ATOMKRAFTWERK POTENZIELL – PLANUNG VORHANDEN

Wer neue AKW bauen will, der muss auch sagen wo. Die EWO Energietechnologie GmbH hat im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien in einer Kurzstudie bereits 2002 untersucht, wo neue AKW entstehen könnten, wenn sich CDU/CSU und FDP mit ihrem Konzept eines „fossil-nuklearen Energiemix“ in der Enquete-Kommission des Bundestages zur nachhaltigen Energieversorgung durchgesetzt hätten. Wohlgemerkt: Die Orte in der Grafik zeigen lediglich technisch und infrastrukturell mögliche Standorte für neue Atommeiler. Trotzdem bleibt die Frage an Union und FDP: Wo soll's denn hin – das nächste AKW?

Union und FDP wollen den Neubau von AKW

CDU, CSU und FDP setzen also nicht nur auf längere Laufzeiten der Atomkraftwerke. Es geht vielmehr um zusätzlichen Atomstrom und neue Reaktoren. Und an diesem Ziel arbeiten beide Parteien schon länger. Da ist z. B. das Szenario, das die letzte Energie-Enquetekommission des Deutschen Bundestages im Auftrag der Fraktionen von Union und FDP berechnen ließ. Danach wären zwischen 50 und 70 Atomkraftwerke nötig, um alte zu ersetzen und künftig den Energiebedarf zu decken. Ergebnis: Die Republik wäre flächendeckend mit Atomkraftwerken zugebaut – wie das aussehen könnte, illustriert die nebenstehende Karte.

Auf den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien hat sich die Union in der Großen Koalition zwar eingelassen und dabei massive Wahlgeschenke für die Landwirtschaft herausgeschlagen. Aber schon bei mehr Energieeffizienz stehen sie auf der Bremse – das galt für den früheren Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und das gilt leider auch für seinen Nachfolger zu Guttenberg.

All das zeigt: CDU, CSU und FDP täuschen die Bürgerinnen und Bürger mit der Behauptung, es ginge „nur“ um eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. In Wirklichkeit würde der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke das Monopol von EON, RWE & Co. verlängern, weil das Investitionen in Erneuerbare Energien und Investitionen von Wettbewerbern technisch, strukturell und finanziell behindert. Am Ende soll das Ausbleiben ausreichender Investitionen in Erneuerbare Energien und sauberere fossile Kraftwerke für CDU, CSU und FDP den Weg zum Bau neuer Atomkraftwerke ebnen. Und auf dem Weg dorthin wiederholen sie immer wieder ihren Bluff von der sparsamen Verlängerung der Atomlaufzeiten als Brücke ins Solarzeitalter.

Der 40-Milliarden-Euro-Bluff der Union

CDU/CSU hoffen, dass die Menschen auf die Behauptung reinfallen, mit einer Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke würden sie schnell bei den Energiekosten um 40 Milliarden Euro entlastet. In der Zwischenzeit haben viele namhafte Experten diesem Vorschlag widersprochen und auch auf offensichtliche Fehler hingewiesen.

Geht es nach der Atomlobby, dann soll sich die Laufzeit der Atomkraftwerke um wenigstens fünfzehn Jahre verlängern. Pro Jahr ergibt das bis zu 6 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne aus der Stromproduktion für alle AKW zusammen – die Union rechnet mit 5 Milliarden Euro. Demnach könnten die großen Vier im Strommarkt (EON, RWE, Vattenfall, EnBW) zwischen 75 und 90 Milliarden Euro an zusätzlichen Gewinnen verbuchen. Erkauft wird das mit wachsendem (und nicht versichertem) Betriebsrisiko aufgrund des zunehmenden Alters der Anlagen und deutlich mehr stark radioaktivem Atommüll als ewige – auch finanzielle – Erblast. Und das vor dem Hintergrund, dass bislang weltweit keine Lösung für eine sichere Endlagerung des bereits vorhandenem Atommülls gefunden wurde.



Wie steht es um die Gegenleistung? Rund die Hälfte der Zusatzlöhne sollen laut CDU/CSU einen Fonds speisen. Unionsfraktionschef Volker Kauder erklärte dazu:

„Die Stromkonzerne haben signalisiert, dass sie bereit sind, einen Teil der zusätzlichen Rendite an die Stromkunden zurückzugeben. Gehen Sie mal davon aus, dass diese Größenordnung [40 Milliarden Euro] abgesichert ist.“

Stromunternehmen haben nichts versprochen

Ein Sprecher von RWE wunderte sich: „Wir können diese 40 Milliarden Euro nicht nachvollziehen.“ Die Union habe diese Summe „einfach in den Raum gestellt“.

Und EON-Chef Wulf Bernotat erklärte jüngst lapidar: „Warten wir erst mal ab, was auf den Tisch kommt. ... Sie werden dazu von mir keine Zahlen hören“ (FR, 9.2.2009).

Die Union liefert auch keinen Hinweis, wie die Kraftwerksbetreiber zur freiwilligen Abgabe eines großen Teils der zusätzlichen Gewinne gebracht werden sollen. In dem Konzept werden nur rasche Gespräche mit der Wirtschaft gefordert. Eine gesetzliche Abgabe oder entsprechende Steuer lehnen CDU/CSU dagegen ab. Interessant auch: Der Fonds stünde erst Jahre nach dem Abschalten des letzten AKW vollständig zur Verfügung.

Verbraucherschützer stellen klar - CDU/CSU-Vorschlag senkt Strompreise nicht

Auf die Frage, ob der CDU/CSU-Vorschlag die Strompreise senken könnte, sagt Prof. Olav Hohmeyer, Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung: „Dafür gibt es keinen Ansatzpunkt“. Und auch der Energieexperte des Ökoinstituts, Felix Matthes, meint: „Beim Stromkunden kommt davon kein einziger Cent an“. Der Grund dafür ist einfach: Der Strompreis an der Börse richtet sich nach den Kosten des teuersten Kraftwerkes, das an der Stromproduktion beteiligt ist. Bleiben abgeschriebene und damit günstigere Kraftwerke am Netz, steigt nur der Gewinn der Unternehmen. Am Börsenpreis ändert sich nichts.

Aber welcher Effekt wäre denn rein rechnerisch erreichbar, wenn alle Hoffnungen von CDU/CSU aufgehen würden? Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat es aus-

gerechnet: „Das sind 8,75 Euro pro Haushalt und Jahr und entspricht in etwa der Einsparung, die man mit einer einzigen Energiesparbirne erreichen kann.“

Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, dass die großen vier Stromerzeuger rund 50 Milliarden Euro an Erlösen behalten. Durch die längeren Laufzeiten, würden die bisherigen Monopolisten weiter den Wettbewerb massiv behindern und damit die Preise hoch halten können. Am Ende würde der längere Betrieb der AKW damit sogar für höhere Strompreise sorgen, weil der zaghaft begonnene Wettbewerb direkt wieder abgewürgt würde.

Alles spricht gegen Atomenergie

Die Energiekonzerne, Union und FDP wollen die Bürgerinnen und Bürger verunsichern, indem sie von Stromversorgungslücken, Preissteigerungen und von einer energiepolitischen Abhängigkeit Deutschlands bei Verzicht auf die Atomenergie reden. Gleichzeitig preisen sie die Atomkraft als angeblichen „Klimaschützer“ oder locken Bürgerinnen und Bürger mit unseriösen Versprechungen über Strompreissenkungen für den Fall, dass die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke verlängert werden. Dabei geht es der Atomlobby schlicht darum, dass die Kraftwerksbetreiber zusätzliche Milliarden einstreichen. Zusatzgewinne, von denen die Verbraucherinnen und Verbraucher, wie erläutert, nichts haben. Doch auch wenn die Atomlobby anderes behauptet: Es gibt keine seriösen Argumente für die Nutzung von Atomenergie, aber jede Menge, die dagegen sprechen. Hier ein paar Beispiele:

- 4 500 Tonnen hochradioaktiver Atommüll entstehen zusätzlich, wenn die Laufzeiten der AKW nur um zehn Jahre verlängert werden. Und wie gesagt: Die sichere Endlagerung von Atommüll ist nach wie vor weltweit nicht gelöst.
- Insgesamt haben die Bürgerinnen und Bürger die Atomenergie mit (je nach Schätzung) 45-100 Milliarden Euro subventioniert. Mindestens 9 Milliarden Euro sind bislang in gescheiterte Atomprojekte wie z. B. den „schnellen Brüter“ geflossen.



Atomenergie ist die gefährlichste aller Energiequellen. Bei keinem Prozess der Energieumwandlung besteht eine solche Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Menschen wie bei der Atomenergie. Und auch die Versorgungssicherheit wird durch Atomenergie nicht garantiert.

- 4 137 meldepflichtige Zwischenfälle hat es in den AKW seit ihrer Inbetriebnahme bisher gegeben. Außerdem steigt pro zusätzliches Betriebsjahr die Gefahr eines GAU. Und der hätte im dichtbesiedelten Deutschland noch verheerendere Auswirkungen als der von Tschernobyl.

- 100 Prozent abhängig ist Deutschland vom Uranimport als Grundlage zur Atomstromproduktion.

- Nur 5,4 Prozent macht der Anteil der Atomenergie am deutschen Endenergieverbrauch aus. Dem stehen 8,5 Prozent gegenüber, die schon heute die Erneuerbaren Energien beisteuern.

- Atomenergie ist nicht klimafreundlich. Auch, wenn bei der reinen Stromproduktion in AKW kaum Kohlendioxid freigesetzt wird. Aber schon ihr Bau sowie der von Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten ist mit CO₂-Emissionen verbunden. Und auch Erschließung, Abbau, Transport und Veredelungsprozess von Uran sowie die Aufbereitung der Brennstäbe verursachen erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase.

- AKW machen die Versorgung nicht sicher. Durch die klimawandelbedingte Zunahme extremer Wetterereignisse ist die Versorgungssicherheit bei Atomstrom gefährdet. Denn AKW müssen bei Wassermangel, zu hoher Wassertemperatur in den Flüssen oder im Fall von Überschwemmungen immer häufiger ihre Leistung drosseln oder ganz abgeschaltet werden.

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien

Atomenergie ist aus ökonomischen, ökologischen und sicherheitspolitischen Gründen ein Auslaufmodell. Sie war und ist allen Verlautbarungen der Atomlobby zum Trotz immer „Ankündigungsenergie“ geblieben. Ihr Potenzial wird von der Atomlobby maßlos überzeichnet, ihre Gefahren werden verharmlost. Die in die Atomenergie gesetzten Erwartungen konnte sie zu keinem Zeitpunkt erfüllen. Und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Deshalb bleibt unser Ziel der Atomausstieg bis zum Jahr 2020. Statt auf die Hoch-

risikotechnologie Atomkraft setzt die SPD-Bundestagsfraktion vor allem auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dazu gehört auch, dass wir die Kohlekraftwerke, die heute noch den Löwenanteil der Energieproduktion leisten, effizienter und klimafreundlicher machen. All das ist nicht nur aus Umweltsichtspunkten zielführend, sondern auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch sinnvoll.

Weitere Informationen:

Wenn Sie sich detaillierter über unsere Argumente gegen Atomenergie informieren möchten, dann können Sie unter www.spdfraktion.de weitere Publikationen zum Thema bestellen oder diese im Internet unter www.spdfraktion.de/umwelt/atomenergie herunterladen. Informationen zu unseren Positionen in der Energiepolitik gibt es hier: www.spdfraktion.de/energie

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: DR. RALF SITTE, MARK RUHRMANN, DR. INGO BAUTZ
REDAKTION: ANJA LINNEKÜGEL
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Am Atomausstieg festhalten

Der Atomlobby entgegentreten

NACHHALTIGER FORTSCHRITT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION